



GASTKOMMENTAR

Das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts

APA/Schägger



Die **SPÖ** ist erschöpft, kaum noch unterscheidbar vom Koalitionspartner, und beschwört brüchig gewordene Traditionen

Das neuerliche SPÖ-Wahldebakel in Oberösterreich verheißt für Österreich nichts Gutes. Die immer nervöser werdenden und um ihre Posten und Pfründen zitternden Parteifunktionäre werden Bundeskanzler Werner Faymann und der SPÖ-Regierungsfraktion einen „Linksruck“ empfehlen: Die Rufe nach einer „Reichensteuer“ – was immer das auch sein soll –, nach Erbschafts- und Schenkungssteuer, höherer Vermögenssteuer und höheren Einheitswerten werden lauter werden. Genauso die nach weiteren sozialen Wohltaten und die Forderung nach dem Stopp unbequemer, aber für den Staatshaushalt notwendiger Reformen im Pensions-, Gesundheits- und Sozialsystem – sei es nun das Ende der aberwitzigen Hackerregelung, die überaus teuer und wenig sozial treffsicher ist, oder Maßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung.

Verschärftes Dilemma. Dieses Verhalten wird das Dilemma für die Bundesregierung im Allgemeinen und die SPÖ im Besonderen verschärfen: Die Stabilität und

Handlungsfähigkeit der Regierung wird untergraben, Blockade und Immobilismus, und damit die Verdrossenheit gegenüber den Regierungsparteien und der hauptsächlich der FPÖ zufließende Protest, werden gefördert. Die ÖVP-Regierungsfraktion wird wohl die meisten „linken Attacken“ abwehren können, aber das Bild der Zerstritten-

IHRE MEINUNG AN:

ISABELL WIDEK

isabell.widek@wirtschaftsblatt.at

heit wird noch deutlicher.

Und für die SPÖ wird es ein Teufelskreis: Da vernünftigerweise nichts von der antikapitalistischen Rhetorik und den altmarxistischen Affekten umgesetzt werden kann, wird die Frustration der Parteiseele noch größer, werden sich künftig noch mehr Wähler abwenden. Nichts ist schlimmer als der Glaubwürdigkeitsverlust – auf der einen Seite in wohlklingenden Phrasen wie „Solidarität, Gerechtigkeit und soziale Wärme“ zu beschwören und auf der anderen Seite keine adäquaten Handlungen zu setzen, weil ein schlüssiges Konzept fehlt.

Auch ein Personenwechsel wird nachhaltig nichts zum Besseren ändern. Wer soll nach Gusenbauer und Faymann der Wunderwuzzi sein?

Es wird für die SPÖ nur ein schwacher Trost sein, dass nicht nur für sie in Österreich die politische Konjunktur schlecht ist, sondern dass sich die Sozialdemokratie international in einer tiefgreifenden und schier unlösbaren Strukturkrise befindet: Europaweit haben die „Sozis“ noch nie so schlecht abgeschnitten wie bei den diesjährigen EU-Wahlen – sie stellen nur mehr ein Viertel der Mandate, in Schweden, Italien und Frankreich wurden die Linken in den vergangenen Jahren aus der Regierung abgewählt. In Großbritannien steht dieses Ereignis knapp bevor, bei den deutschen Bundestagswahlen erzielte die SPD das mieseste Ergebnis aller Zeiten.

Fundamentales Problem. Es scheint, als ob der heuer verstorbene große deutsche Denker Ralph Dahrendorf Recht gehabt hätte, als er vor einiger Zeit vom „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ gesprochen hat.

Die Sozialdemokratie wirkt erschöpft, in der Realität kaum unterscheidbar vom Koalitionspartner, und beschwört rituell brüchig gewordene Traditionen. Es fehlen attraktive vertrauens-erweckende Konzepte und innovative Ideen, wie die Krise zukunftsorientiert gestaltet werden und eine faire ökosoziale Hochleistungsgesellschaft aussehen könnte.

Das Wahlrecht schafft in Österreich und Deutschland ein weiteres Fundamentproblem: Es hat bisher „Große Koalitionen“ erzwungen, was die Integrationskraft der Volksparteien schwächt und Protestparteien stärkt. In Deutschland geht sich trotz Unions-Verlusten nun wegen des Zerbröselns der SPD und des historischen Höchststands der FDP eine kleine Koalition aus. Konstruktive Alternativen wären generell wünschenswert.



HERWIG HÖSELE

Präsident des Bundesrates a. D. (ÖVP)